

Sofortprogramm zum Atomausstieg

„Tschernobyl war gestern, Fukushima ist heute...und morgen?“

Die Katastrophe in Japan markiert eine Zeitenwende in der globalen Energiepolitik: Das Atomzeitalter ist zu Ende. Das müssen auch all diejenigen einsehen, die versuchen, die letzten Gelddruckmaschinen der großen Energiekonzerne mittels Verbalrhetorik (Moratorium, Brückentechnologie) längst möglich am Leben zu halten.

Wir Jusos fordern:

1. Die acht ältesten und gefährlichsten Atomkraftwerke müssen abgeschaltet bleiben. Der Deutsche Bundestag muss den derzeitigen juristischen Schwebezustand, der auf den „Good Will“ der Energiekonzerne angewiesen ist, durch gesetzliche Regelungen beenden.
2. Die von schwarz-gelb durchgeboxte Laufzeitverlängerung muss zurückgenommen werden, so schnell wie möglich müssen die letzten deutschen Atomkraftwerke vom Netz. Daher fordern wir den sofortigen Ausstieg.
3. Sämtliche Subventionen für die Atomwirtschaft sind sofort zu beenden, die an die Laufzeitverlängerung gekoppelte Brennstoffsteuer soll von den Atomkraftwerksbetreibern unabhängig von der Laufzeitverlängerung weiter erhoben werden.
4. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mitsamt seinen Regelungen zu Einspeisevorrang und -vergütung ist beizubehalten und die in diesem Bereich vollzogenen bzw. geplanten Kürzungen zurückzunehmen.
5. Es müssen verstärkte Bemühungen unternommen werden, die Endlagerfrage nicht weiter auf die lange Bank zu schieben, sondern endlich abschließend zu beantworten. Dabei sind die Ergebnisse der unter Bundesumweltminister Sigmar Gabriel ins Leben gerufene Entsorgungskommission einzubeziehen.
6. Alle Atomkraftwerke müssen deutschlandweit, aber auch weltweit neuen Sicherheitsstandards unterworfen werden. Dies betrifft u.a. verschärfte Maßnahmen bei Flugzeugabstürzen, Erdbeben und anderen Naturkatastrophen, (Not-) Stromversorgung, Schutz vor Cyberattacken.
7. Für eine dezentrale Energieversorgung ist ein Netzausbau und Systemwechsel (Aufweichung der Energiemonopole, Förderung regenerativer Energien, Systemwechsel hin zu dezentraler Energieversorgung vor Ort) notwendig. Zur effizienten Integration regenerativer Stromerzeugung benötigen wir außerdem einen Ausbau der europäischen Netzinfrastruktur.
8. Zwecks Ausbaus der Windkraft sind Windkraftanlagen als privilegierte Baumaßnahmen anzusehen. Einer passiven Verhinderungsplanung von Schwarz-Gelb

stellen wir eine aktive und verbindliche Planung von Vorranggebieten für Windkraft unter Beteiligung der Bevölkerung entgegen.

9. Mobilität ist ein elementarer Bestandteil für die Energiewende. Dazu gehören neue Verkehrskonzepte, eine Priorität für nachhaltige Mobilität im Bereich der Infrastruktur, sowie der massive Ausbau der Elektromobilität und neue Anforderungen an herkömmliche Verbrennungsmotoren.
10. Deutschland braucht eine „Abwrackprämie“ für ineffiziente elektrische Geräte und ein nationales Top-Runner-Programm, das Stromfresser vom Markt nimmt, Anreize für höhere Effizienzstandards schafft und sparsame Geräte für die Verbraucher leichter erkennbar macht.

Quelle: SPD, Jusos Rheingau-Taunus